



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

## STAATSEKTOR RUSSISCHER INDIVIDUALISMUS

■ ANALYSE		
Das Ausmaß des öffentlichen Sektors in Russland		2
Roland Götz (Berlin)		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Der Staatssektor in Russland		5
■ DEKODER		
Wie ängstliche Atome.		
Der Soziologe Grigori Judin über den modernen russischen Individualismus		9
Arnold Chatschaturow, Wjatscheslaw Polowinko und Grigori Judin (Novaya Gazeta)		
■ CHRONIK		
28. Januar – 10. Februar 2019		13

## Das Ausmaß des öffentlichen Sektors in Russland

Roland Götz (Berlin)

### Zusammenfassung

Von Russlands öffentlichem Sektor heißt es, er sei im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft extrem groß und habe unter Putin stark zugenommen. Den Beleg dafür schien ein Bericht des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu liefern, aus dem man fälschlich herauslas, dass der Staat 70 Prozent der Wirtschaftsleistung erbringt. Der IWF trat dem entgegen und schätzte den Staatsanteil an der Bruttowertschöpfung auf 33 Prozent. Mitarbeiter der Russländischen Akademie für Volkswirtschaft und Staatsdienst (RANEPa) kamen auf 46 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, während eine Korrektur ihrer Berechnung 34 Prozent ergibt. Dabei ist nicht der öffentliche Dienst Russlands besonders umfangreich, sondern das Ausmaß des Staatsanteils an Unternehmen in Schlüsselsektoren.

### Einleitung: Der öffentliche Sektor

Zum öffentlichen Sektor (Public sector) gehören die Behörden des Zentralstaats, der Regionen und Gemeinden, die Streitkräfte und Sicherheitsdienste sowie weitere öffentliche Einrichtungen, die nicht in erster Linie Gewinne erzielen, sondern das gesellschaftliche Wohl anstreben sollen und daher vom Staat kontrolliert und teilweise oder ganz finanziert werden, wie z. B. staatliche Schulen, Universitäten, Forschungsinstitute, Bibliotheken, Museen, Theater, Krankenhäuser und kommunale Versorgungsbetriebe. Außer diesem öffentlichen Dienst (Staatsverwaltung, General government) werden gewinnorientierte Unternehmen zum öffentlichen Sektor gezählt, die sich im teilweisen oder vollständigen Staatseigentum befinden (Staatsunternehmen, State owned enterprises, SOE). Die Wirtschaftssubjekte des privaten Sektors sind zum Teil in der informellen Wirtschaft tätig (s. Infokasten 1).

#### Infokasten 1: Wirtschaftssektoren

Formelle Wirtschaft		Informelle Wirtschaft
Öffentlicher Sektor		Privater Sektor
Öffentlicher Dienst	Staatsunternehmen	Privatunternehmen, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck

Quelle: Eigene Darstellung des Autors Roland Götz

Das quantitative Ausmaß des öffentlichen Sektors Russlands kann durch mehrere Indikatoren gekennzeichnet werden, die jeweils Teilaspekte beschreiben. Die von Russlands amtlicher Statistik (Rosstat) hierzu publizierten Daten beziehen sich nur auf den öffentlichen Dienst (Staatsverwaltung, general government), nicht auf die Staatsunternehmen (Tabelle 1 auf S. 5). Die Staatsquote (Fiskalquote) – das Verhältnis der Ausgaben aller Staatsbudgets zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) – hat den Charakter einer »unechten« Quote, da

sie auch Sozialtransfers und Subventionen einschließt, die nicht Elemente des BIP sind. Sie lässt im internationalen Vergleich erkennen, dass Russland nicht zu den Ländern gehört, die sich durch einen ausgeprägten Sozialstaat auszeichnen (Grafik 1 auf S. 8). Der Anteil der Ausgaben des öffentlichen Dienstes für Gehälter und Materialaufwand einschließlich Rüstungsausgaben (Staatsverbrauch) am BIP ist in Russland geringer als durchschnittlich in der EU, jedoch höher als in den USA und in China (Grafik 2 auf S. 8).

Die Europäischen Entwicklungsbank (EBRD) nannte in ihren *Transition reports* für Russland – allerdings nur bis 2010 – Schätzungen des Anteils des privaten und implizit damit auch des staatlichen Sektors am BIP, ohne jedoch die benutzten Quellen und Methoden offen zu legen (Tabelle 1 auf S. 5). Eine instruktive Pionierarbeit zum Umfang des öffentlichen Sektors Russlands präsentierte Carsten Sprenger (s. Lesetipps). Darin beschäftigte er sich allerdings nicht mit dem Staatsanteil am BIP, um den es im Folgenden geht.

### Die Karriere einer Zahl

Am 14. Januar 2016 sorgte der damalige Vorsitzende des Aeroflot-Direktoriums Kirill Androsow für Aufsehen, als er auf dem Gajdar-Forum 2016 eine Diskussion zum Thema »Unternehmen mit staatlichem Anteil« moderierte und einleitend behauptete, dass sich nach Angaben des IWF der Anteil des Staats am Bruttoinlandsprodukt Russlands zwischen 2005 und 2015 von 35 Prozent auf 70 Prozent verdoppelt habe (s. Lesetipps). Androsows Aussage beruhte jedoch (abgesehen davon, dass er die von der EBRD publizierte 35-Prozent-Angabe für 2005 referierte) auf einer Fehlinterpretation: Die 70 Prozent hatte Androsow aus einer Studie des IWF vom Mai 2014 entnommen, die Daten für 2012 enthielt, worüber die Wirtschaftszeitung »Kommersant« bereits am 28. Mai 2014 berichtet hatte. Der IWF hatte in seiner damaligen Untersuchung der fiskalischen Transpa-

renz Russlands die Einnahmen und Ausgaben des Staats sowie die Umsätze großer, in vollständigem oder teilweisem Staatsbesitz befindlichen Unternehmen für das Jahr 2012 addiert und sie in Beziehung zum BIP gesetzt, was rund 70 Prozent ergab. Diese Finanzströme enthalten bis auf den Staatsverbrauch und die staatlichen Investitionen allerdings keine Elemente des BIP, weswegen ihr Anteil am BIP, ebenso wie die Staatsquote, eine »unechte« Quote ist. Daher kann keine Rede davon sein, dass der IWF 2014 den Anteil des öffentlichen Sektors am BIP berechnet hätte.

Androsows 70-Prozent-Zahl wurde nicht nur in russländischen und westlichen Medien vielfach und meist ohne Quellenangabe wiederholt, sondern fand auch Eingang in Studien staatlicher Stellen Russlands: So in das Bulletin zur Entwicklung der Konkurrenz Nr. 13 vom März 2016 des Analytischen Zentrums bei der Regierung der Russländischen Föderation (dort auf S. 4) sowie in den Bericht des Föderalen Antimonopoldienstes 2016 über den Stand des Wettbewerbs in der Russländischen Föderation (auf S. 7). Aber auch eine westliche amtliche Stelle wie der *European Parliamentary Research Service* des Europaparlaments erwähnte die 70-Prozent-Zahl in seiner 2018 erschienenen Studie *Seven economic challenges for Russia* (auf S. 3). Im Bericht der US-amerikanischen Schatzkammer (US Treasury) an den Kongress vom 29. Januar 2018 über die gegen Russland verhängten Sanktionen wird (auf S. 2) behauptet, dass 2016 »halbstaatliche Einrichtungen« (parastatal entities) einen Anteil von 70 Prozent am BIP Russlands gehabt hätten.

Die erstaunliche Karriere von Androsows falscher Zahl ist dadurch erklärbar, dass sie das Narrativ der unter Putin aus politischen Gründen vorangetriebenen Inbesitznahme der Wirtschaft durch den Staat zu bestätigen schien und war dadurch möglich, dass renommierte Institutionen sowohl in Russland als auch im Westen darauf verzichteten, sie einer näheren Überprüfung zu unterziehen.

### Die Klarstellung des IWF

Im September 2018 reagierte der IWF in seinem Länderbericht 18/276, der von Marco Arena, Alexander Culiuc, Gabriel Di Bella, Oksana Dynnikova, Slavi Slavov und Marzie Taheri Sanjani verfasst wurde, auf die Fehlinterpretation seines Berichts vom Mai 2014 (s. Lesetipps). Er kommt zum Ergebnis, dass erstens der Anteil des Staats am Bruttoinlandsprodukt sehr viel kleiner als die behaupteten 70 Prozent ist, es zweitens keinen klaren Aufwärtstrend des Umfangs des Staatssektors gibt und drittens der Staatsanteil in Russland im Vergleich mit anderen Ländern relativ groß ist, wenn man die Zahl der beim Staat Beschäftigten zu Grunde legt. Dasselbe legen auch die von Rosstat publizierten Daten nahe (s. Tabelle 1 auf S. 5).

Der IWF berechnete in seinem Bericht von 2018 die staatliche Wertschöpfung durch Multiplikation der gesamten Wertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche mit bereichsspezifischen Prozentsätzen des Staatsanteils. Letztere schätzte der IWF für die Bereiche der marktbasierter Produktion von Gütern und Dienstleistungen, in denen sowohl private als auch staatliche Unternehmen agieren, durch den Umsatzanteil der Staatsunternehmen am Gesamtumsatz des betreffenden Wirtschaftsbereichs. Diese Methode ist, wie der IWF selbst anmerkt, allerdings nur annähernd exakt, weil sich die Beiträge der Staatsunternehmen zur Wertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche nicht ebenso wie ihre Umsätze zum Gesamtumsatz des Bereichs verhalten müssen. (Hier und im Folgenden wird die Größe, die in den Texten von IWF und RANEPAsales, revenues, output oder proceeds und russisch *wyrutschka* heisst, mit »Umsatz« übersetzt. Gemeint ist in allen Fällen die »Gesamtleistung«, also der um Vorratsveränderungen und selbst produziertes Anlagevermögen ergänzte Umsatz, was in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung »Bruttoproduktionswert« genannt wird).

Für den Finanzsektor, in dem staatliche wie auch private Banken, Versicherungen und andere Finanzinstitutionen tätig sind, benutzte der IWF als Staatsanteilsfaktor das Verhältnis des Grundkapitals der staatlichen Einrichtungen am Grundkapital aller Unternehmen. Für die Wirtschaftsbereiche, in denen weitgehend kostenlose Dienstleistungen erbracht werden (öffentliche Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen) schätzte der IWF den Staatsanteil durch den Anteil der beim Staat Beschäftigten an den dort insgesamt Beschäftigten. (Bei den im IWF-Bericht enthaltenen Formeln (1), (2) und (3) ist zu beachten, dass die Summierung über den Bereichsindex  $i$  erfolgt und nicht, wie angegeben, über den Zeitindex  $t$ ). Im Ergebnis kam der IWF für 2016 auf einen Anteil des Staates an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung von 33 Prozent (Tabelle 2 auf S. 6). Wegen Russlands großen informellen Sektor liegt, wie der IWF angibt, der Staatsanteil im formellen Sektor bei rund 40 Prozent der Wertschöpfung und rund 50 Prozent der Beschäftigten.

Die Studie des IWF baute methodisch auf einer Untersuchung von Alexey Krivoschapko und Mattias Westman auf und erbrachte dieselben Resultate wie diese (s. Lesetipps).

### Die RANEP-Studie

Die Mitarbeiter der *Russian Presidential Academy of National Economy and Public Administration* (RANEP) Alexander Abramov, Ivan Aksenov, Alexander Radygin und Maria Chernova (im Folgenden: RANEP) haben eine Untersuchung des russländischen Staatssek-

tors, nachdem Vorfassungen bereits in den Zeitschriften *Woprosy ekonomiki* 12/2016 und im *Russian Journal of Economics* 3/2017 erschienen waren, 2018 in russischer und englischer Sprache mehrfach veröffentlicht (s. die englische Fassung in den Lesetipps). Sie untersuchten für die Jahre 2006 bis 2016 den Beitrag des öffentlichen Sektors zum BIP getrennt für den öffentlichen Dienst (General government), für die großen, vom Staat durch Kapitalbeteiligungen kontrollierten Unternehmen (State Owned Enterprises, SOE) sowie für die kleinen, aber zahlreichen föderalen und kommunalen Regiebetriebe, welche voll in die öffentliche Verwaltung und deren Budgetwesen integriert sind (State Unitary Enterprises, SUE) (s. Lesetipps). Bei der Berechnung des Anteils des öffentlichen Diensts am BIP stützte sich RANEPa allerdings irrtümlich auf die Rosstat-Angaben für die Bruttoproduktionswerte dieses Sektors. Jedoch ist nicht der Bruttoproduktionswert, sondern die Bruttowertschöpfung für die Bestimmung des BIP-Anteils relevant, die 2016 mit 13,6 Prozent unter dem von RANEPa genannten Anteil von 19,2 Prozent lag (s. Infokasten 2).

## Infokasten 2

Die **Bruttowertschöpfung** (gross value added) ist die Differenz zwischen dem Bruttoproduktionswert (output) und den dafür eingesetzten Vorleistungen (intermediate consumption) – ohne Berücksichtigung des Wertverzehr der Sachanlagen (daher »brutto«). Nach Addition der Gütersteuern und Subtraktion der Gütersubventionen erhält man das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (BIP).

Ihr Hauptaugenmerk richten die RANEPa-Autoren auf die Berechnung des Anteils der großen Staatsunternehmen (State owned enterprises, SOE) am Bruttoinlandsprodukt. Dazu ermitteln sie für den Zeitraum 2006 bis 2016 die Umsätze von Unternehmen, die ihre Jahresabschlüsse publizierten und mit mehr als 10 Prozent des Grundkapitals im Staatsbesitz standen. Sie berücksichtigten hierbei je nach Jahr 70 bis 106 große Staatsunternehmen sowie eine Vielzahl von Regiebetrieben und erhoben daher wesentlich mehr Daten als der IWF.

Der Umsatzanteil der von RANEPa insgesamt erfassten Staatsbetriebe am Umsatz aller Unternehmen betrug 2006 10,3 Prozent, erhöhte sich 2011 auf 15,0 Prozent und sank bis 2016 auf 12,2 Prozent, woraus sich ein leichter Anstieg des Anteils der Staatsunternehmen an der Wirtschaftsleistung ablesen lässt. Dass dieser Anteil 2016 (wie auch in den Vorjahren) niedriger war als der in der Untersuchung des IWF, lag daran, dass

RANEPa einen umfangreicheren Datensatz und auch Gesamtumsatz als der IWF zugrunde legte, der nicht mit den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung korrespondierte. Statt aber ihre Daten mit denen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abzustimmen, griffen die RANEPa-Autoren zu einer problematischen Ausgleichsrechnung: Um den Anteil der Staatsunternehmen an der Wertschöpfung zu bestimmen, verwendeten sie nicht wie der IWF unmittelbar die Umsatzanteile, sondern erhöhten diese für alle Jahre und alle Wirtschaftszweige pauschal auf das 2,2-fache (Tabelle 3a auf S. 6). Den Multiplikator (2,2) hatte RANEPa als Durchschnittswert aus den Jahresabschlüssen von Gazprom und Rosneft durch Gegenüberstellung ihrer Wertschöpfungsanteile mit ihren Umsatzanteilen ermittelt. Freilich ist keineswegs plausibel, dass die Relationen, die für diese beiden Energieunternehmen gelten, für alle Unternehmen mit staatlicher Beteiligung repräsentativ sind. Außerdem beträgt der für Gazprom und Rosneft geltende Multiplikator, wie eine Nachrechnung für 2012 bis 2016 ergibt, nicht 2,2, sondern 1,7 (Tabelle 4 auf S. 7). Wenn man die fragwürdige Ausgleichsrechnung von RANEPa akzeptiert, aber den Multiplikator 1,7 zu Grunde legt und den Beitrag des öffentlichen Diensts zum BIP korrigiert, erhält man nach der Methodik von RANEPa für 2016 einen Anteil des öffentlichen Sektors von 34 Prozent am BIP und damit einen ähnlichen Wert wie der IWF (Tabelle 3b auf S. 7).

IWF und RANEPa stellen ebenfalls übereinstimmend fest, dass der öffentliche Sektor Russlands überwiegend Unternehmensbesitz umfasst. Beide betrachten das Ausmaß von Staatsunternehmen, das deutlich höher als in anderen osteuropäischen Staaten ist (s. Lesetipps: Uwe Böhmer, S. 7) als für den Wettbewerb und das Wirtschaftswachstum schädlich und fordern die Reprivatisierung des Staatseigentums an Unternehmen in Russland.

## Schluss

Trotz methodischer Mängel ergeben die von IWF und RANEPa vorgelegten Untersuchungen, dass Russlands öffentlicher Sektor nicht 70 Prozent, sondern ungefähr 35 Prozent der Wirtschaft umfasst, wobei er nicht durch einen umfangreichen öffentlichen Dienst, sondern durch einen großen Anteil an Unternehmen in Schlüsselsektoren geprägt wird, welcher den Wettbewerb behindert und sich wachstumshemmend auswirkt.

## Über den Autor

Dr. Roland Götz hat sich am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln und in der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin mit der Sowjetwirtschaft und den Volkswirtschaften der GUS beschäftigt.

### Lesetipps

- Carsten Sprenger: State Ownership in the Russian Economy. Its Magnitude, Structure and Governance Problems, in: The Journal of the Institute of Public Enterprise, vol. 33, no. 1&2, 2010, [https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=1311223](https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1311223).
- IEP Gaidara, RANEPa (Hg.): Gajdarovskij Forum – 2016. Rossia i mir: wsglad w buduschtschee. Moskau 2016, S. 39–430, [https://iep.ru/files/text/confer/forum-2016\\_publication.pdf](https://iep.ru/files/text/confer/forum-2016_publication.pdf).
- IWF: IWF Country Report 14/134, Russian Federation. Fiscal Transparency Evaluation. Washington D.C. 2014, <https://www.imf.org/en/Publications/CR/Issues/2016/12/31/Russian-Federation-Fiscal-Transparency-Evaluation-41579>.
- IWF: IWF Country Report 18/276, Russian Federation. Selected Issues. Washington D.C. 2018, <https://www.imf.org/en/Publications/CR/Issues/2018/09/12/Russian-Federation-Selected-Issues-46227>.
- Alexey Krivoschepko, Mattias Westman: Measuring Government's Interest 2, 15.11.2017, <http://api-russia.org/content/measuring-governments-interest-2>.
- (RANEPa): Alexander Abramov, Ivan Aksenov, Alexander Radygin, Maria Chernova: The public sector of the Russian economy. It's size and dynamics, in: Gaidar Institute (Hg.): Russian Economy in 2017. Trends and outlooks, Moskau 2017, <http://iep.ru/files/RePEc/gai/ppaper/ppaper-2018-311.pdf>.
- Uwe Böwer: State-Owned Enterprises in Emerging Europe. The Good, the Bad and the Ugly. Washington D.C. 2017, <https://www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2017/10/30/State-Owned-Enterprises-in-Emerging-Europe-The-Good-the-Bad-and-the-Ugly-45181>.

## TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

## Der Staatssektor in Russland

**Tabelle 1: Unterschiedliche Staatsanteile (%)**

		2005	2010	2015	2016
Anteil des öffentlichen Diensts (Staatsverwaltung, General government)	am Sachkapitalbestand	23,0	22,0	22,0	23,0
	an den Beschäftigten*	38,2	32,3	28,1	27,4
	an der Bruttowertschöpfung	10,4	13,0	14,8	15,1
	an der Entstehung des Bruttoinlandsprodukts	8,9	11,2	13,4	13,6
	am Staatsverbrauch	16,9	18,7	17,7	18,3
Ausgaben aller Budgets im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (Staatsquote, Fiskalquote)		31,6	38,0	35,7	36,4
Anteil des öffentlichen Sektors am Bruttoinlandsprodukt (EBRD)		35,0	35,0	-	-

Anmerkung: \* Beschäftigte in staatlichen und gemischte staatlich-privaten Organisationen.

Quellen: Rosstat: Sozialno-ekonomitscheskie pokazateli Rossijskoj Federazii w 1991 – 2017 godu. Moskau 2018, [http://www.gks.ru/wps/wcm/connect/rosstat\\_main/rosstat/ru/statistics/publications/catalog/doc\\_1270707126016](http://www.gks.ru/wps/wcm/connect/rosstat_main/rosstat/ru/statistics/publications/catalog/doc_1270707126016); Rosstat: Elektronnyye tablitsy Nazionalnye stscheti Rossii w 2011 – 2017 gg, Tab. 2.5.40, [http://www.gks.ru/wps/wcm/connect/rosstat\\_main/rosstat/ru/statistics/accounts/](http://www.gks.ru/wps/wcm/connect/rosstat_main/rosstat/ru/statistics/accounts/); Rosstat: Trud i sanjatost w Rossii 2017, Tab. 3.8, [http://www.gks.ru/bgd/regl/b17\\_36/Main.htm](http://www.gks.ru/bgd/regl/b17_36/Main.htm); EBRD, Transition Reports Archive, <https://www.ebrd.com/news/publications/transition-report/transition-report-201819.html>.

**Tabelle 2: Der öffentliche Sektor 2016 (IWF)**

	Wirtschaftsbereiche	Bruttowertschöpfung (Mrd. Rubel)		Staatsanteil (%)
		Insgesamt	Staat	
A	Land- und Forstwirtschaft	3.380	68	2
B	Fischerei und Fischzucht	224	4	2
C	Bergbau	7.387	3.250	44
D	Verarbeitendes Gewerbe	10.423	2.189	21
E	Energie- und Wasserversorgung	2.416	1.256	52
F	Baugewerbe	4.929	197	4
G	Handel	11.345	1.021	9
H	Gastgewerbe	699	35	5
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	6.385	3.065	48
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	3.287	1.939	59
K	Grundstücks- und Wohnungswesen	14.118	1.271	9
L	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	6.304	6.241	99
M	Erziehung und Unterricht	1.965	1.808	92
N	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	2.899	2.522	87
O	Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen	1.341	644	48
P	Private Haushalte mit Hausangestellten	506	0	0
	Zusammen	77.608	25.510	32,9
	Staatsunternehmen		13.767	17,8
	Öffentlicher Dienst*		11.743	15,1
	Öffentlicher Sektor		25.510	32,9

Anmerkung: \*Der »öffentliche Dienst« entspricht dem Sektor »Staat« der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Quellen: Staatsanteil: IMF Country Report 18/276, S. 15 (s. Lesetipps); Bruttowertschöpfung: Rosstat: Russian Statistical Yearbook 2018, S. 267, [http://www.gks.ru/free\\_doc/doc\\_2018/year/year18.pdf](http://www.gks.ru/free_doc/doc_2018/year/year18.pdf) und eigene Berechnungen.

**Tabelle 3a: Der öffentliche Sektor 2016 (RANEPA)**

	Mrd. Rubel		Anteile an der gesamten Wirtschaft (%)	
	Umsatz	Wertschöpfung (BIP)	Umsatz	Bruttoinlandsprodukt (Umsatzmultiplikator 2,2)
Marktwirtschaftlich tätige Staatsunternehmen	26.933	21.760	11,5	25,3
Regiebetriebe	1.618	1.307	0,7	1,5
Alle Staatsunternehmen	28.551	23.067	12,2	26,8
Öffentlicher Dienst		16.520*		19,2
Öffentlicher Sektor insgesamt		39.587		46,0

Anmerkung: \*Produktionswert.

Quellen: RANEPA (s. Lesetipps) und eigene Berechnungen.

**Tabelle 3b: Der öffentliche Sektor 2016 (RANEPa) – korrigiert –**

	Mrd. Rubel		Anteile an der gesamten Wirtschaft (%)	
	Umsatz	Wertschöpfung (BIP)	Umsatz	Bruttoinlandsprodukt (Umsatzmultiplikator 1,7)
Marktwirtschaftlich tätige Staatsunternehmen	26.933	16.815	11,5	19,5
Regiebetriebe	1.618	1.010	0,7	1,2
Staatsunternehmen	28.551	17.825	12,2	20,7
Öffentlicher Dienst		11.743		13,6
Öffentlicher Sektor insgesamt		29.568		34,4

Anmerkungen: Die Korrektur erfolgt durch den von 2,2 auf 1,7 verringerten Multiplikator sowie durch die Ersetzung des Produktionswerts durch die Wertschöpfung im öffentlichen Dienst.

Quellen: RANEPa (s. Lesetipps); Rosstat: Elektronnyye tablitsy Nazionalnyye stscheti Rossii w 2011 – 2017 gg, Tab. 2.5.40, [http://www.gks.ru/wps/wcm/connect/rosstat\\_main/rosstat/ru/statistics/accounts/](http://www.gks.ru/wps/wcm/connect/rosstat_main/rosstat/ru/statistics/accounts/); Eigene Berechnungen.

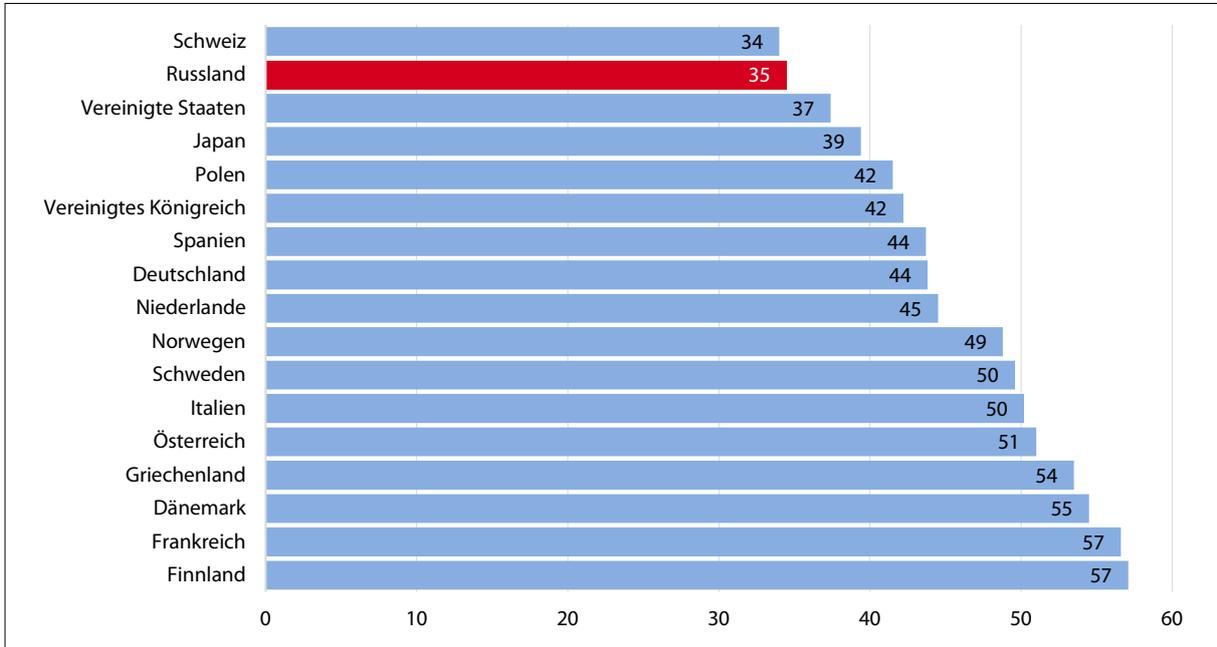
**Tabelle 4: Unternehmensdaten von Gazprom und Rosneft**

		2012	2013	2014	2015	2016	2012	2013	2014	2015	2016
		Gesamte Wirtschaft					Gesamte Wirtschaft				
A	BIP	68.164	73.134	79.200	83.233	86.044	68.164	73.134	79.200	83.233	86.044
B	Umsatz	140.774	174.224	185.319	207.014	234.302	140.774	174.224	185.319	207.014	234.302
		Gazprom					Rosneft				
C	Umsatz	4.766	5.250	5.590	6.073	6.111	3.089	4.694	5.503	5.150	4.988
D	Betriebsgewinn	1.345	1.649	1.646	1.438	866	412	555	593	708	662
E	Löhne und Gehälter	410	498	517	591	641	131	185	231	257	278
F	Abschreibung	346	419	472	515	572	206	392	464	450	482
G	Steuern ohne Gewinnsteuer	625	707	776	805	900	672	1.024	1.195	1.277	1.296
H	Zollgebühren	435	517	472	582	537	901	1.382	1.683	925	657
I	Wertschöpfung (D - H)	3.160	3.790	3.883	3.931	3.516	2.322	3.538	4.166	3.617	3.375
J	I / A	4,6	5,2	4,9	4,7	4,1	3,4	4,8	5,3	4,3	3,9
K	C / B	3,4	3,0	3,0	2,9	2,6	2,2	2,7	3,0	2,5	2,1
L	Multiplikator (J / K)	1,4	1,7	1,6	1,6	1,6	1,6	1,8	1,8	1,7	1,8

Anmerkung: Die Werte in den Zeilen A bis I sind in Mrd. Rubel.

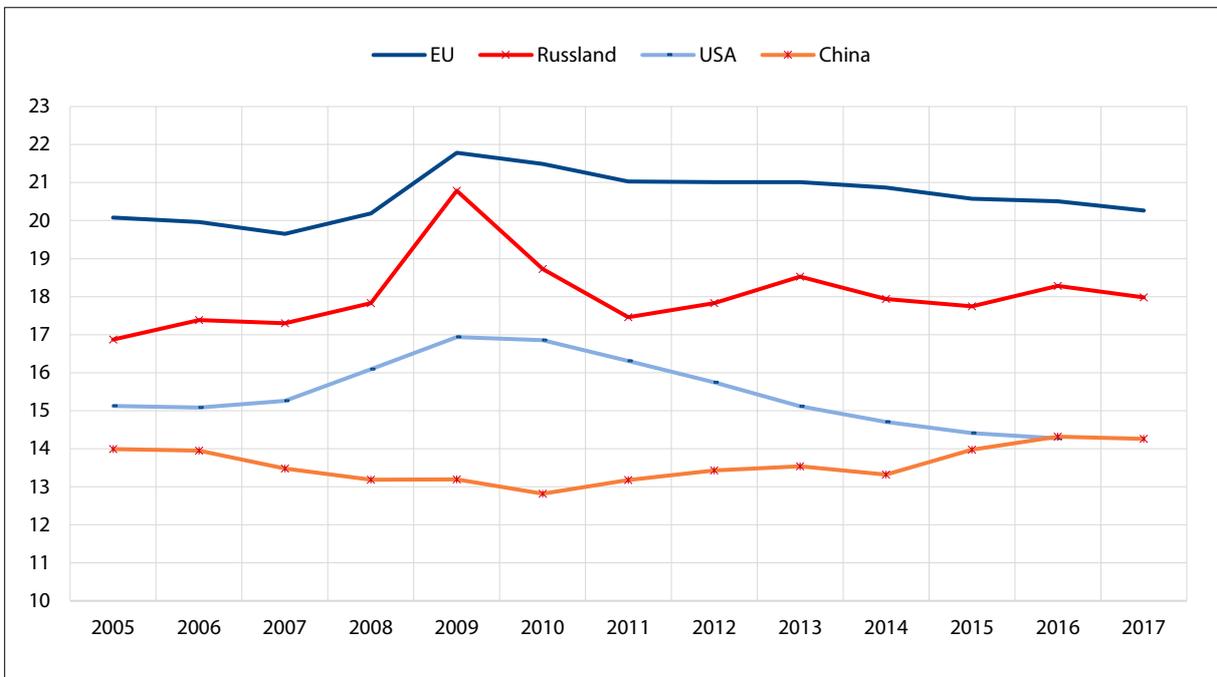
Quellen: A und B: RANEPa (s. Lesetipps); C – H: Unternehmensberichte.

**Grafik 1: Staatsquote (Fiskalquote) 2015 (%)**



Quelle: OECD, General government spending, % of GDP, 2015, <https://data.oecd.org/gga/general-government-spending.htm>.

**Grafik 2: Anteil des Staatsverbrauchs am BIP (%)**



Quelle: Weltbank, <https://data.worldbank.org/indicator/NE.CON.GOVT.ZS>.

## Wie ängstliche Atome.

### Der Soziologe Grigori Judin über den modernen russischen Individualismus

Arnold Chatschaturow, Wjatscheslaw Polowinko und Grigori Judin (Novaya Gazeta)

Das folgende Interview mit dem russischen Soziologen Grigori Judin erschien ursprünglich am 19.12.2018 in der Zeitung Nowaja Gaseta und wurde von dekodeer ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht.

#### Einleitung von dekodeer

Um das gegenwärtige Russland zu erklären, bemühen viele russische Sozialwissenschaftler Weimar-Vergleiche: Nach dem Systemzusammenbruch kam es in beiden Ländern zu massiven wirtschaftlichen und politischen Krisen. Politiker und Intellektuelle beider Länder sprachen oft über Identitätskrisen und über Demütigungen durch Feinde, über die Wesensfremdheit der liberalen Demokratie für ihr Volk. Die Demokratie scheiterte und wurde hier wie dort zum Schimpfwort. Schließlich gab es in beiden Ländern die Phönix aus der Asche-Erzählung, in Russland hat sich dafür die Formel »Erhebung von den Knien« etabliert.

Einige Sozialwissenschaftler sehen auch zwischen der Wilhelminischen und der Gesellschaft des Homo Sovieticus Parallelen. Diese seien von Untertanen durchsetzt gewesen, wie sie zum Beispiel Heinrich Mann beschrieb: obrigkeitshörig, kollektivistisch und konformistisch. Und diese Eigenschaften, so die Behauptung der Wissenschaftler, würden sowohl die politische Kultur der Weimarer Republik als auch die des gegenwärtigen Russland prägen.

Die Beweisdecke für solche Thesen ist sehr dünn, meint dagegen Grigori Judin. In einem Interview mit der Novaya Gazeta räumt der Soziologe mit gängigen Klischees auf.

#### »Es herrscht ein aggressiver Individualismus«

*Novaya Gazeta: In einem Vortrag sprachen Sie kürzlich über das Modell des Homo Sovieticus, das von vielen russischen Soziologen aufgegriffen und von prominenten Persönlichkeiten unterstützt wird: Wladimir Putin etwa spricht von einem »Element des Kollektivismus« in den Herzen der Russen. Ist da etwas dran?*

*Grigori Judin:* Es gibt die Sichtweise, die UdSSR habe eine neue anthropologische Art hervorgebracht, die zudem noch schrecklich resistent ist: Nichts kann ihr etwas anhaben. Dieser Typus vernichtet sämtliche Institutionen, die auf seine Transformation abzielen. Zu seinen typischen Eigenschaften gehören Konformität, Paternalismus; er liebt jede Form von Gleichmacherei. Insgesamt also ein höchst unangenehmer Typ, der bei jedem normalen Menschen Abscheu hervorrufen muss. All dem liegen zwei Dinge zugrunde, die man mit dem sowjetischen Menschen assoziiert: der Kollektivismus und der Hass auf den Individualismus.

Das bringt uns in eine recht merkwürdige Situation. Denn sämtliche Studien zeigen, dass es überhaupt keinen Grund gibt, weder über den sowjetischen noch den heutigen russischen Menschen so zu denken. Überhaupt ist die Gegenüberstellung von Individualismus und Kollektivismus aus Sicht der Sozialwissenschaften ein fragwürdiges Unterfangen: Ihre Gründerväter waren eher um eine Synthese bemüht.

Und selbst wenn wir diese Dichotomie bemühen, stellen wir fest, dass im heutigen Russland die individualistische Denkweise viel stärker ausgeprägt ist. Zu diesem Ergebnis kommt jedenfalls die internationale Werte-Forschung, die es uns erlaubt, Russland mit anderen Ländern zu vergleichen. Wie sich herausstellt, ist Russland eines der individualistischsten Länder überhaupt.

#### *Womit hängt das zusammen?*

Das ist nicht weiter überraschend, denn die Institutionen des Kollektiv- oder gemeinschaftlichen Lebens, die den Individualismus ausgleichen würden, sind bei uns nicht entwickelt. Sie wurden in einem hohen Maß bereits in der späten Sowjetunion unterdrückt, und danach hat sich überhaupt niemand mehr darum gekümmert. Seit den 1990er Jahren versuchen wir, eine liberal-demokratische Gesellschaft aufzubauen, aber von den zwei Komponenten haben wir nur an eine gedacht. Wir haben eine gestutzte Version des liberal-demokratischen Systems importiert: einen Liberalismus ohne Demokratie.

Damals bestand die Hauptaufgabe darin, eine Marktwirtschaft aufzubauen, wirtschaftliches Wachstum zu sichern, Konkurrenz zu schaffen. Unter Existenzangst verlangte man den Menschen Unternehmersinn ab und lehrte sie, dass

niemand für sie sorgen wird, wenn sie es nicht selbst tun. Heute ist die Gewissheit, dass du keine Hilfe zu erwarten hast und jeder sich selbst retten muss, zum Grundprinzip des russischen Lebens geworden.

Das Ergebnis ist eine zunehmend radikale Entfremdung der Menschen voneinander und der fehlende Glaube an das gemeinschaftliche Handeln.

Für den demokratischen Aspekt interessierte sich so gut wie keiner. Doch genau das, was wir also links liegen ließen, weil es uns unwichtig erschien, ist das Allerwichtigste: Institutionen der regionalen Selbstverwaltung, regionale Vereinigungen, Berufsverbände. Um den Ausbau der regionalen Selbstverwaltung hat sich in den 1990er Jahren niemand gekümmert, und später wurde sie ganz bewusst unterdrückt. Niemand hat für Initiativen von unten und Berufsverbände gesorgt, ganz im Gegenteil, in allen Bereichen, die traditionell in den Händen von Fachleuten lagen, sehen wir heute die uneingeschränkte Macht von Managern.

*Aber dieser Individualismus ist keiner, den man als positiv bezeichnen kann.*

Kürzlich wurde ich bei einem Vortrag gefragt: Welcher Schlüsselbegriff beschreibt die russische Gesellschaft, wenn es weder der Kollektivismus noch der Individualismus tun? Atomisierung – das ist der Begriff der Stunde.

Aus soziologischer Sicht geht es nicht um einen Gegensatz von Individualismus und Kollektivismus. Moderne Gesellschaften können nur bestehen, wenn ein gesundes Gleichgewicht zwischen den beiden existiert. Unser Problem ist, dass in Russland ein aggressiver Individualismus vorherrscht, der von Angst genährt wird und deshalb in brutale Konkurrenz, totales gegenseitiges Misstrauen und Feindschaft umschlägt.

*Verstehe ich richtig, dass ein gesunder Kollektivismus nicht das Primat der Gruppe über das Individuum meint, sondern die Idee eines Gemeinwohls? In Russland steht man dieser Sicht ja eher zynisch gegenüber.*

Genau das ist das Schlüsselwort, das die Alltagsmoral in Russland beschreibt: Zynismus. Wenn du dich lächerlich machen willst, musst du nur das Wort »Gemeinwohl« in den Mund nehmen: Wo hast du denn so was je gesehen? Weißt du denn nicht, wie es auf der Welt zugeht? Genau diese ethische Grundeinstellung resultiert aus einem mangelnden Gleichgewicht, einem unterentwickelten Gemeinschaftsleben.

Das Interessanteste ist, dass wir die Propaganda der Sowjetzeit gemeinhin belächeln, aber sobald es um den sowjetischen Kollektivismus geht, schenken wir ihr aus irgendeinem Grund weiterhin Glauben. Die UdSSR existiert seit 30 Jahren nicht mehr, aber wir glauben immer noch, dass die Sowjetmenschen echte Kollektivisten waren. Was an der spätsowjetischen Zeit so kollektiv gewesen sein soll, ist dabei völlig unklar. Es ist jedoch bequem, an die Mär vom schrecklichen sowjetischen Kollektivist zu glauben – so können wir skeptisch herabschauen, anstatt zu handeln, und dabei auch noch das eigene Ego streicheln [Anm. d. Red. – nach dem Motto: »Ich bin ja ganz anders, weil ich Wert auf Persönlichkeit und Individualität lege.«].

*Richtet sich die heutige TV-Propaganda nicht in genau diesen Begriffen an das kollektive Unterbewusstsein der Russen? »Wir sitzen alle in einem Boot«, »wir müssen uns verbünden« und so weiter.*

Natürlich, diejenigen, die diese Botschaften aussenden, wollen, dass wir uns mit ihnen verbünden. Gleichzeitig sagt man uns: Verbündet euch ja nicht untereinander. Das ist furchtbar gefährlich und kann nur in einer Revolution enden. Die Botschaft ist: »Verlasst euch auf die Führung, unterstützt sie, und sie wird euch voreinander und vor heimtückischen Feinden beschützen«.

*Die Propaganda verbreitet also eine verzerrte Botschaft über die Notwendigkeit des Zusammenhalts, der Geschlossenheit. Aber funktioniert sie auch, oder macht das alles keinen Sinn?*

Sie funktioniert, man muss nur richtig verstehen, worauf sie abzielt. Das Ziel ist, die Atomisierung als eine unvermeidbare Tatsache hinzustellen. Die Botschaft der offiziellen Propaganda ist nicht, dass wir in einem perfekten Land mit tadelloser Regierung leben. Ganz und gar nicht – vielmehr sagt uns die Obrigkeit: »Ja, ich bin schlecht, aber wenn ich nicht da bin, wird es euch noch schlechter gehen, so ist das Leben. Jeder Mensch und jeder Politiker kümmert sich nur um sich selbst, das ist die menschliche Natur. Kollektives Handeln ist unmöglich. Und ganz egal, wer nach mir kommt, er wird kein bisschen besser sein, aber er wird euch nicht vor der Außenwelt beschützen können oder wollen. Es wird Chaos und Anarchie geben.«

Die Hauptemotion, mit der die Propaganda arbeitet, ist die Angst, und das Hauptmotiv, dessen sie sich bedient, ist die Suche nach Schutz.

*Ein Thema, das aus den Nachrichten nicht mehr wegzudenken ist, sind die Beziehungen zur Ukraine. Das ist eine ziemlich schmerzhaft Geschichte: Ganze Familien sind wegen der Krim, dem Maidan und so weiter zerbrochen. Wie passt das zusammen mit dem ungesunden Individualismus der russischen Gesellschaft? Hat dieser Konflikt Konsequenzen, die nicht einkalkuliert waren?*

Wenn man sagt, dass es in Russland an kollektivem Leben mangelt, heißt das auch, dass das Bedürfnis danach immer da ist. Es gibt eine ganze Reihe von Anzeichen, dass die Menschen insgesamt nur schwer mit diesem Mangel umgehen können. Dieses Problem haben nicht nur wir: Immer häufiger hört man von der Rückkehr der Identität als einer der Haupttendenzen der liberalen und postliberalen Welt.

Eine ganze Weile schien es, als würde unsere Welt flexibler werden, zu einem Ort, an dem sich jeder nach Belieben seine eigene Identität wählen und gestalten kann. Jetzt aber sehen wir, dass die Menschen überall auf der Welt versuchen, zu ihren Wurzeln zurückzukehren. Daher auch der Rechtsruck und das Erstarren der konservativen Kräfte, die keine klaren Programme anbieten, sondern an die erwachenden Emotionen appellieren.

Die Menschen streben stets nach einem kollektivem Leben, und in Russland sehen wir dafür viele Beweise. Die Geschichte mit der Krim kam 2014 – ein oder zwei Jahre, nachdem unterschiedliche Teile der russischen Gesellschaft begonnen hatten, ihr Bedürfnis nach kollektivem Handeln zum Ausdruck zu bringen und sich Bewegungen und Demonstrationen anzuschließen.

*Sie meinen die Bolotnaja?*

Nicht nur, das ist ein Beispiel von vielen. Parallel dazu konnte man einen Boom beim ehrenamtlichen Engagement beobachten, der sich nur teilweise mit den Protestbewegungen überschneidet. Es gab ein allgemeines Bedürfnis, das auch heute noch spürbar ist. Der Mensch ist so geschaffen, dass er kollektive Ziele braucht, eine Identität.

Die Mobilisierung von 2014 war ein Mittel der Machthaber, auf dieses Bedürfnis zu reagieren – teils unbewusst, teils aber auch mit Kalkül.

Wir haben gesehen, wie dieselben Leute, die zwei Jahre zuvor bei diversen Bewegungen mitgelaufen waren, nun zum Gewehr griffen und in den Donbass fuhren. Und alles nur, weil sie, grob gesprochen, einen Sinn im Leben brauchten. Das ist das Problem im heutigen Russland: Die Menschen sehen keinen Sinn, sie sehen keine Ziele, die gesellschaftlich akzeptiert wären. Initiativen von unten werden im Keim erstickt; das einzige Lebensmodell, das angeboten wird, ist die Erhöhung des Konsumstandards. Aber Konsum kann keinen Sinn liefern, für den man lebt.

Die Mobilisierung von 2014 hat gezeigt, dass die »konservativen Werte«, die dieses Vakuum vielleicht hätten ausfüllen können, gar nicht existieren. Viele Familien wurden entlang der Linie Russland/Ukraine gespalten. Jetzt beobachten wir die Spaltung der orthodoxen Kirche. Genau das meine ich mit Atomisierung – wenn die Institutionen des kollektiven Lebens schwach sind, ist es sehr einfach, die Menschen gegeneinander aufzuhetzen.

*Bis vor Kurzem schien es, als würde die Ukraine in den Hintergrund rücken. Jetzt ist sie wieder in den Nachrichten. Werden die Aufrufe der Propaganda wieder Gehör finden?*

Diesen Bonbon kann man nicht ewig lutschen. Ein paar Mobilisierungs-Reserven stecken vielleicht noch in diesem Thema, vor allem, wenn etwas Unerwartetes geschieht: Eine Verschärfung der Situation mit der Ukraine oder einem beliebigen anderen angrenzenden Gebiet – das könnte noch einmal denselben Effekt haben. Aber es ist klar – dies ist eine hohle Identität: Ja, es gibt Menschen, die zum Kämpfen in den Donbass gegangen sind, aber alle anderen sitzen weiterhin vor dem Fernseher. TV-Solidarität ist ein Surrogat, und Mal um Mal schwindet dessen Wirkung dahin.

Die Fake-Mobilisierung übers Fernsehen findet ihr Ende. Auch wenn man die Dosis der Verstrahlung durch Propaganda noch erhöhen kann – eine solche Geschlossenheit wie früher wird es nicht mehr geben, denn die Propaganda ist zur Gewohnheit geworden. Die Nachfrage nach einer kollektiven Identität ist jetzt außer Kontrolle des Präsidenten und seiner Administration geraten. Deren Repertoire ist ausgeschöpft. Deswegen fangen die Menschen an, selbst etwas zu suchen, von unten.

*Übersetzung aus dem Russischen (gekürzt) von  
Jennie Seitz*

*Informationen über den Autor, Quellenangaben zum Artikel sowie Informationen über das Projekt »Wissenstransfer<sup>2</sup> – Russlandstudien« finden Sie auf der nächsten Seite.*

*Über den Autor*

Grigori Judin ist Soziologe, Professor an der Moscow School of Social and Economic Science (MSSES) und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Moskauer Higher School of Economics – eine der wichtigsten russischen Hochschulen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Zu seinen Lehr- und Forschungsschwerpunkten gehören Wirtschaftssoziologie, Wissenschaftstheorie und Fragen der Meinungsforschung.

Das russischsprachige Original des vorliegenden Beitrags ist online verfügbar unter <https://www.novayagazeta.ru/articles/2018/12/18/78978-strana-raspavshayasya-na-atomy>, die Übersetzung ins Deutsche durch dekoder unter <https://www.dekoder.org/de/article/judin-individualismus-atomisierung-kollektivismus>.

Dieser Beitrag wurde übernommen im Rahmen des Projektes »Wissenstransfer<sup>2</sup> – Russlandstudien«, das von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und dekoder.org mit finanzieller Unterstützung der Volkswagen-Stiftung durchgeführt wird.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, [dekoder.org](https://www.dekoder.org) als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder, Novaya Gazeta, Arnold Chatschaturow, Wjatscheslaw Polowinko und Grigori Judin für die Erlaubnis zum Nachdruck.

*Die Redaktion der Russland-Analysen*

dekóder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

## 28. Januar – 10. Februar 2019

28.01.2019	Das US-amerikanische »Office of Foreign Assets Control«, zuständig für die Durchsetzung der vom US-Finanzministerium verhängten Sanktionen gegen Russland, streicht die Firmen »En+«, »RusAl« und »EuroSibEnerg« von der Sanktionsliste. Sie waren seit April 2018 von Sanktionen betroffen. Insbesondere bei »RusAl« und der Muttergesellschaft »En+« war es aufgrund der Sanktionen zu Kursschwankungen an der Börse gekommen. Im April 2018 trat der ebenfalls von Sanktionen betroffene russische Oligarch Oleg Deripaska als Direktorenratsvorsitzender von »En+« zurück und reduzierte seine Aktienanteile am Konzern auf unter 50 %. Deripaska selbst bleibt vorerst auf der Sanktionsliste der USA.
28.01.2019	Die im Jahr 2016 unter dem Vorsitz Michail Chodorkowskis in Helsinki gegründete Nicht-Regierungs-Organisation »Open Russia« wird beim russischen Justizministerium einen Antrag auf Anerkennung als NGO stellen. Dies geschieht zum Schutz der in Russland tätigen Mitarbeiter der NGO, unter denen es im vergangenen Jahr wiederholt zu Festnahmen wegen der Mitarbeit in einer unerwünschten Organisation gekommen war.
28.01.2019	Das am 27.01.2019 in der Tretjakow-Galerie in Moskau gestohlene Gemälde wird im Bezirk Odinzowskij in der Oblast Moskau beschlagnahmt und ein Verdächtiger festgenommen. Laut Angaben der Polizei ist die Leinwand unbeschädigt.
29.01.2019	Russland rutscht im Korruptionswahrnehmungsindex von »Transparency International« erneut ab und liegt nun auf Rang 138 von 180. Die Organisation empfiehlt der russischen Regierung eine Einführung von Vorschriften für die Lobbyarbeit, die Erhöhung der Unabhängigkeit der Wahlkommissionen und einen offeneren Umgang mit den Rechercheergebnissen von Investigativjournalisten.
29.01.2019	Die Wirtschaftszeitung »Wedomosti« gibt bekannt, dass das Justizministerium einen Gesetzentwurf veröffentlicht hat, demzufolge es plant, die Vorschriften zur Korruptionsbekämpfung abzuschwächen. Der Entwurf sieht vor, Beamte, denen Korruption nachgewiesen wurde, nicht zu bestrafen, wenn diese unter »besonderen Umständen« gehandelt haben. Mit dieser Maßnahme sollen Interessenkonflikte vermieden werden. Das Justizministerium folgt mit dem Entwurf einem Vorschlag des russischen Präsidenten Wladimir Putin vom Juni 2018.
30.01.2019	Das Moskauer Stadtgericht weist die Beschwerde der Chefredakteurin des Magazins »The New Times«, Jewgenija Albaz, zurück. Sie hatte im November 2018 Berufung eingelegt, nachdem das Medium wegen nicht vorschriftsmäßiger Deklaration ausländischer Einkünfte zur Zahlung einer Geldstrafe in Höhe von 22,25 Millionen Rubel (etwa 295.000 Euro) verurteilt worden war.
30.01.2019	Rauf Araschukow, Mitglied der Regierungspartei »Einiges Russland« und jüngstes Mitglied des Föderationsrates wird wegen Mordverdachts und des Verdachts auf Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung festgenommen. Er soll im Jahr 2010 die Ermordung zweier Männer in der nordkaukasischen Republik Karatschaj-Tscherkessien in Auftrag gegeben haben. Auch Araschukows Vater, Raul Araschukow, wird festgenommen. Ihm wird die Organisation einer kriminellen Vereinigung und besonders schwerer Betrug zur Last gelegt.
31.01.2019	Das Bezirksgericht in Orjol revidiert das Urteil des Urizkij-Berzirksgerichts vom November 2018, nachdem der Bruder des Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj, Oleg Nawalnyj, eine Entschädigung in Höhe von 50.000 Rubel (etwa 660 Euro) für entstandene immaterielle Schäden durch seine Haftstrafe wegen Betrugs im sogenannten »Yves-Rocher-Prozess« erhalten sollte. Nach Ansicht der Richter konnte Oleg Nawalnyj die ihm entstandenen Schäden nicht in ausreichender Weise nachweisen.
01.02.2019	Der internationale Sportgerichtshof (CAS) verurteilt 12 russische Leichtathleten wegen Verstößen gegen die Anti-Doping-Bestimmungen. Unter den Verurteilten sind die Hochspringer Iwan Ushukow (Olympiagewinner 2012) und Swetlana Schkolina (Olympia-Dritte 2012). Den Betroffenen werden die Medaillen aberkannt, außerdem werden sie aus dem internationalen Leichtathletikverband suspendiert.
02.02.2019	Nach dem Ausstieg der USA aus dem Vertrag über atomare Abrüstung (INF) tritt auch Russland von den Vereinbarungen zurück. Der russische Präsident Wladimir Putin begründet diesen Schritt als symmetrische Reaktion auf die Aktion der US-Amerikaner und wirft den USA ebenfalls Vertragsbruch vor. Der Vertrag läuft in sechs Monaten endgültig aus.
03.02.2019	Bei einem schweren Verkehrsunfall mit einem Reisebus sterben vier Kinder und drei Erwachsene. 30 Personen werden verletzt. Die Gruppe war auf dem Weg aus der Oblast Smolensk nach Kaluga, um dort an einem Wettbewerb teilzunehmen. Der Busfahrer wird vorläufig festgenommen.
04.02.2019	Die russische Statistikbehörde (Rosstat) gibt bekannt, dass das russische Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2018 um 2,3 % gewachsen sei. Das Wachstum übertreffe damit die Prognosen deutlich. Diese lagen für das Jahr 2018 bei 1,7 %.

06.02.2019	Wjatscheslaw Petuschenko löst Sergej Kelbach als Vorstandsvorsitzender der Russischen Eisenbahngesellschaft ab. Zuvor war er erster stellvertretender Vorsitzender des Staatskonzerns »Awtodor«, der für Straßenbau und -planung in Russland zuständig ist.
06.02.2019	Das städtische Gericht in Pskow verurteilt den Radiosender »Echo Moskwy Pskow« zur Zahlung einer Geldstrafe in Höhe von 150.000 Rubel (etwa 2.000 Euro). Das Gericht sieht es als erwiesen an, dass die Moderatorin Swetlana Prokopjewa in einer ihrer Sendungen terroristische Handlungen gerechtfertigt und der Sender damit das Recht auf Informationsfreiheit missbraucht habe. Auch gegen Prokopjewa selbst laufen Ermittlungen wegen Verstoßes gegen Artikel 205 des Strafgesetzbuches »öffentliche Rechtfertigung des Terrorismus«.
10.02.2019	In Moskau demonstrieren etwa 400 Menschen zur Unterstützung der Menschenrechtsaktivistin Anastasija Schewtschenko, die seit Ende Januar 2019 unter Hausarrest steht. Schewtschenko ist Vorstandsmitglied der Menschenrechtsorganisation »Open Russia«, die in Russland seit Mitte 2017 als sogenannte »unerwünschte Organisation« gilt.

*Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.*

*Zusammengestellt von Alena Schwarz*

*Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.*

**Herausgeber:**

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen  
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.  
 Deutsches Polen-Institut  
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien  
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung  
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

**Redaktion:**

Heiko Pleines (verantwortlich) und Anastasia Stoll  
 Sprachredaktion: Hartmut Schröder  
 Chronik: Alena Schwarz  
 Satz: Matthias Neumann

**Wissenschaftlicher Beirat:**

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin  
 Prof. Dr. Alexander Libman, Universität München  
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich  
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung ([www.bpb.de](http://www.bpb.de)) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2019 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: [laender-analysen@uni-bremen.de](mailto:laender-analysen@uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



# Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de).

## Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

## Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

## Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

## Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



## Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

## Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



## Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

